

Änderungsanträge zum Leitantrag an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages von Mitgliedern aus dem KV Harz

Antragsteller: Hans-Jürgen Scholz, Parteitagsdelegierter für die AG Senioren,
Ruth Fiedler, Parteitagsdelegierte KV Harz
Dieter Bergt, Bernhard Villwock, Richard Kabelitz, Klaus Schiller,
Irmgard Scholz, Heike Jehnichen, Peter Jehnichen, Karin Pflug,
Burkhard Pflug, Wolfgang Herdam, Henning Wesarg, Wilfried Baldauf
(alle KV Harz)

Genossinnen und Genossen,

unsere Partei hat in den letzten Jahren kontinuierlich immer mehr den Kontakt zu den Menschen, die uns doch wählen sollen verloren. Nach den krachend verlorenen Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen haben viele Mitglieder eine gründliche Analyse der Ursachen dieser Niederlagen erhofft und gefordert. Es ist aber **Nichts** passiert. Im Gegenteil! Es fällt den Spitzenkräften nichts Besseres ein, als wieder andere als Schuldige zu benennen. Es gibt absolut kein Zeichen von Selbstkritik. Kritische Stimmen wurden vor den Wahlen nicht gehört und sind auch nach den Wahlen nicht erwünscht. Die Strategiekonferenz unserer Partei in Kassel hatte nicht den Tenor der unbedingten Regierungsbeteiligung, sondern es wurden die roten Haltelinien unterstrichen. Die damalige Parteispitze machte daraus eine Zustimmung zur Regierungsbeteiligung unter Aufgabe unsere eigenen politischen Positionen. Willfährig übte man den Kniefall vor SPD und Grünen. Diese Anbiederei blieb auch unseren potenziellen Wählern nicht verborgen. Sie haben sich entsprechend entschieden. Die Kritiker dieses Kurses waren natürlich schuld an diesen negativen Ergebnissen. Genossinnen und Genossen, die mit ihren Aussagen und Handeln das Erfurter Parteiprogramm unterminierten, waren und sind kein Problem für viele Spitzenkräfte der Partei. Deren Worte entsprechen sehr oft dem bürgerlichen Mainstream. Katastrophal die Aussagen zu Russland, Venezuela und vor allem zu Kuba, ganz zu schweigen die Benennung der DDR als „Unrechtsstaat“ und „Diktatur“. Wer das Leben und die Leistungen der Menschen in der ehemaligen DDR so in Verruf bringt, ist für Viele einfach nicht mehr wählbar. Nach unseren Klassikern ist ein Staat das Herrschaftsinstrument der jeweils herrschenden Klasse. Somit ist jeder Staat Unrecht, deshalb muss für uns die Klassenfrage in der Beurteilung eines Staates der einzige Gradmesser sein.

Haben wir aber noch einen Klassenstandpunkt?

Er ist nicht mehr zu erkennen! Unsere Partei ist auf den Weg, alle Grundsätze einer Klassenpartei aufzugeben. Dialektisches Herangehen in der politischen Arbeit ist nicht zu sehen. Warnungen, Hinweise und Kritik vom Ältestenrat, der kommunistischen Plattform und vor Allem das politische Vermächtnis von Hans Modrow, spielen nirgends eine Rolle. Nicht einmal eine Antwort oder ein Standpunkt dazu ist zu vernehmen. Auch der Parteiaustritt von Christa Luft mit ihrer Begründung ist unserer Parteiführung keine Stellungnahme wert. Es geht in der Parteispitze im Bund wie im Land im gleichen Trott wie vor den Wahlen weiter. Die Tendenzen, das ERFURTER PARTEIPROGRAMM zu schleifen, sind unüberhörbar und unübersehbar.

Genau in diese Richtung zielt die veröffentlichte Formulierung des Leitantrags an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages Sachsen-Anhalt. Wir sind mit diesem Leitantrag in entscheidenden Punkten nicht einverstanden.

Damit er für uns annehmbar wird beantragen wir folgende Änderungen:

- Zeile** **Begründungen** erfolgen bei Bedarf noch einmal mündlich
- 8 Einfügen: ...wieder stark. Wir sind die Partei **für Frieden** und Solidarität. DIE LINKE kämpft...
- 11-12 Streichen: ...DIE LINKE wieder stark. ~~Wir überlassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo laufen. Wir gendern, aber...~~
- 19 Einfügen: ..Zentrale Fragen **des Friedenskampfes** und der Klimagerechtigkeit werden...
- 23 Einfügen: ..versammeln sich Menschen zu **Antikriegs- und** Klimaprotesten, in der...
- 98 Einsetzen: **Die privatkapitalistische Steuerung und Aneignung in der Wirtschaft müssen als Ursachen aller gesellschaftlichen Probleme benannt werden.**
- 102-122 Streichen : ~~Es wird Zeit, unsere Gewissheiten zu prüfen. Und uns dabei nicht zu zerlegen, da warten andere nur darauf. Welche Rolle hat eine „Partei in Bewegung“, wenn Bewegungen stärker werden, DIE LINKE aber nicht? Warum können Sozialist: innen, die es doch in allen Parteien gibt, bei der LINKEN so viel Scheinwerferlicht beanspruchen? Welche Funktion hat DIE LINKE in der parlamentarischen Demokratie, die herausgefordert ist von rechts? Sagen wir Bündnispolitik „ja“, opponieren „ja“, aber regieren „jein“? Wir sind bei dieser Bundestagswahl angetreten mit Konzepten, die erst einmal durchgesetzt sein wollen: Der Umbau der Krankenversicherungen zu einer Bürgerversicherung für alle. Ein Rentensystem, das den Lebensstandard auch ohne privates Aktiendepot garantiert. Ein Mindestlohn, der die Existenz sichert und nicht schnurstracks in die Altersarmut führt. Ein Steuerkonzept, das weit mehr ist als eine Millionärsabgabe, das umverteilt, das vor allem mittlere und kleinere Einkommen stärkt. Die LINKE steht nicht mit leeren Händen da. Aber mit leeren Versprechen, wenn Regieren per se abgelehnt wird. Die Abstimmung zur Evakuierungsmission aus Afghanistan ist deshalb mehr als eine Frage einer Standortbestimmung, bei der es sicherlich gute Gründe für jedes individuelle Votum gab. Es geht vielmehr darum, dass wir uns in der (Bundes-)Politik etwas leisten, was in Regierungsverantwortung für DIE LINKE undenkbar ist: Wir werten ideologische Positionen höher als die Folgen unserer Entscheidungen. Wenn der Kampf um die Hegemonie innerhalb der Partei wichtiger als deren Relevanz in der Gesellschaft wird, dann verliert DIE LINKE. Das wissen wir seit Jahrzehnten, nun ist es höchste Zeit, daraus Lehren zu ziehen. Die Bundestagswahl und die vergangenen Wahlzyklen haben uns allerdings schmerzhaft gezeigt, wir verlieren und gewinnen nur gemeinsam.~~
- und stattdessen einsetzen:
- 102 ff **Es ist notwendig unter Einbeziehung aller Mitglieder der Partei, eine tiefgründige Analyse der Ursachen für die katastrophalen Wahlergebnisse der letzten Jahre durchzuführen. Alle Strömungen und Gliederungen der Partei**

müssen Gehör finden.

Die Ausrichtung der Partei zu den letzten Wahlen, speziell: unbedingte Regierungsbeteiligung unter Aufgabe des „Erfurter Programms“, muss auf den Prüfstand. Meinungen und Haltungen, die im Gegensatz zum gültigen Parteiprogramm stehen, dürfen nicht maßgebend für die Partei sein oder werden. DIE LINKE muss eine Klassenpartei sein, damit sie als einzige wirklich linke Partei **im Bundestag** erkennbar bleibt.

- 140 Austauschen: ...kleinteiliger Wahlentscheidungen wird es ~~nicht nur~~ **vor allem** auf unsere Erkennbarkeit ankommen, ~~sondern eben~~ **aber** auch auf unsere Anschlussfähigkeit.
- 147 Austauschen: ~~Wieso dreht sich die Welt, aber wir bleiben stehen?~~
Wir wollen als linke Partei mit an der Spitze der Bewegungen für Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt stehen. Dies muss jeder an unseren Programmen erkennen können.
- 160f Streichen: ..in die Verantwortung kommen. ~~Wir brauchen programmatische Erneuerung und eine Parteireform, um uns gesellschaftlichen Entwicklungen stellen zu können.~~
Mehr Kraft gehört ...
- 194 Einfügen: ...und Sichtbarkeit: Lautsprecher zu sein für **die Friedensbewegung und für** unterrepräsentierte Interessen und Gruppen.
- 254 Einfügen: ..Wir sind die Partei ~~der~~ **für Frieden und** soziale Gerechtigkeit...
- 256 Einsetzen: ...erfrieren lässt. **Wir benennen die Ursachen von Flucht und Vertreibung und ringen um ihre Beseitigung.** Wir reden nicht...
- 261 Einsetzen: ...für eine **friedliche** Gesellschaft ohne Angst; für ein Land...